

MedienINFO 28 – Mittwoch, 25. Januar 2017

Plenarwoche 25.-27. Januar 2017

Die liberale Plenarwoche

Der schreckliche Anschlag in Berlin am 19. Dezember 2016 und die Aufarbeitung des Falles Amri stehen im Mittelpunkt der Plenarwoche. Innenminister Jäger hat den Standpunkt eingenommen, die Rechtslage im Hinblick auf etwaige behördliche Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem Berliner Weihnachtsmarktattentäter sei lückenhaft gewesen. Diese Einschätzung erweist sich nach einer am 20. Januar vorgestellten Expertise des Regensburger Rechtsprofessors Henning Müller als falsch. Die FDP-Fraktion hat aufgrund der nahezu täglich neuen Erkenntnisse und Widersprüche eine Aktuelle Stunde beantragt (DS 16/14068), die in Verbindung mit der Unterrichtung der Landesregierung debattiert wird. Die Freien Demokraten kritisieren, dass die fehlende Einsicht von Innenminister Jäger in eigenes Fehlverhalten die systematische Aufklärung verhindert. Debatte: Mittwoch, ca. 10.15 Uhr.

Weitere Schwerpunkte

Landesregierung muss endlich Eckpunkte für Kibiz-Reform vorlegen

Trotz vollmundiger Ankündigung der rot-grünen Landesregierung, in dieser Legislaturperiode ein neues Gesetz zur frühkindlichen Bildung auf den Weg zu bringen, ist nichts passiert. Nicht einmal die - für das Jahr 2016 versprochenen - Eckpunkte für ein neues Kindergarten-Gesetz hat die Ministerin bisher vorgelegt. Das Parlament und die Öffentlichkeit werden im Unklaren gelassen, welche Pläne die Landesregierung bei der frühkindlichen Bildung und der auskömmlichen Finanzierung von Kindertageseinrichtungen verfolgt. Leidtragende der Untätigkeit der Landesregierung sind Kitas, Erzieherinnen und Familien. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Eckpunkte für ein neues Kita-Gesetz vorzulegen (DS 16/14009). Debatte: Mittwoch, ca. 13.00 Uhr.

Lang-Lkw auf geeigneten Straßen in NRW zulassen

Effizienzgewinne, Kraftstoffersparnisse und positive Umweltauswirkungen – die Vorteile von Lang-Lkw sind durch einen fünfjährigen Feldversuch belegt worden. Insgesamt sprechen die Resultate der wissenschaftlichen Begleitung des Feldversuchs klar und deutlich für die Lang-Lkw. Die Freien Demokraten begrüßen, dass der Bundesverkehrsminister den Einsatz von Lang-Lkw im Regelbetrieb auf geeigneten Strecken ermöglicht hat. Die Landesregierung hat

sich bisher stets dagegen ausgesprochen. Die FDP-Fraktion fordert ein Ende der Blockadehaltung. Rot-Grün soll den Einsatz von Lang-Lkw auch in Nordrhein-Westfalen ermöglichen und dem Bund geeignete Strecken für den Regelbetrieb melden (DS 16/14012). Debatte: Mittwoch, ca. 16 Uhr.

Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstufen

Die Zuwanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien ist seit geraumer Zeit zunehmend von illegalen Einwanderern geprägt, die sich zu Unrecht auf das Asylrecht berufen. Nur sehr wenigen wird der Schutzstatus zugesprochen. Jedoch ist zu beobachten, dass jährlich hunderte kommen, die in Deutschland straffällig werden. NRW ist von dieser Situation besonders betroffen. Durch ihre Straftaten untergräbt diese Gruppe illegaler Einwanderer die Akzeptanz der Bevölkerung für Flüchtlingsschutz. Im Rahmen unseres Rechtsstaats ist zudem alles zu unternehmen, den Aufenthalt von diesen Personen so kurz wie möglich zu gestalten. Neben anderen Maßnahmen ist es dazu notwendig, dass Algerien, Marokko und Tunesien endlich als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Die FDP fordert die Landesregierung auf, diesem Vorhaben im Bundesrat zuzustimmen (DS 16/13946). Debatte: Donnerstag, ca. 13 Uhr.

Bürger schützen – Taschendiebstahl stärker sanktionieren

Taschendiebstahl ist für Betroffene eine schlimme Erfahrung und berührt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger – insbesondere weil in die unmittelbare Privatsphäre eingegriffen wird, wenn nah am Körper getragene Gegenstände gestohlen werden. Zudem ermöglichen Schlüssel, Kreditkarten, Ausweispapiere oder Smartphones den Tätern Zugriff auf persönliche Daten und geschützte Lebensbereiche. Allerdings genießen eingefriedete Obstgärten oder abgeschlossene Fahrräder derzeit einen höheren Strafrechtsschutz als unmittelbar am Körper getragene Wertsachen. Aus Sicht der FDP muss das geändert werden. Die Landesregierung soll unverzüglich eine Bundesratsinitiative für eine schärfere Sanktionierung des Taschendiebstahls auf den Weg bringen. Debatte (DS 16/14011), Donnerstag, ca. 13.30 Uhr.

Digitale Modellstadt nach NRW holen

Der Branchenverband Bitkom veranstaltet gemeinsam mit namhaften Mitgliedsunternehmen und Partnern den Wettbewerb „Digitale Stadt“. Der Sieger soll zur Modellstadt ausgebaut werden und durch moderne IT-Infrastrukturen und innovative Lösungen in Bereichen wie Verkehr, Verwaltung, Energie und Bildung eine europaweite Vorreiterrolle übernehmen. Gerade für NRW wäre das eine Chance und ein acTreiber der digitalen Entwicklung. Denn unter Rot-Grün sind wahrnehmbare politische Anstrengungen unterblieben, das Land in eine digitale Spitzenposition zu bringen. Mit Blick auf die Teilnahmebedingungen und die Struktur

des Landes sowie die vielfältige Hochschullandschaft dürfte eine nordrhein-westfälische Kommune für die Modellstadt geradezu prädestiniert sein. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit möglichen Bewerber-Kommunen sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die „Digitale Modellstadt“ nach Nordrhein-Westfalen zu holen (DS 16/14010).
Debatte: Freitag, ca. 12.05 Uhr.